

Zur Eskalation von Gewalt vom 21. Juni

Nein zur Instrumentalisierung für rassistische Hetze, Demokratieabbau und Repression

So eine Eskalation von Gewalt hätte es in Stuttgart noch nie gegeben, behaupten Polizei und Politiker*innen. Doch, das hat es schon gegeben. Sie war sogar viel schlimmer und ging von der Polizei aus. Am 30. September 2010 haben Tausende mit Kampfmontur, Schlagstöcken, Pfefferspray und Wasserwerfer ausgerüstete Polizist*innen im Schlossgarten eine fast 13 Stunden lange Gewaltorgie gegen völlig friedlich demonstrierende Schüler*innen veranstaltet. Es gab 400 Verletzte, darunter vier Schwerverletzte. Einem Rentner, der sich schützend vor die Schüler*innen stellte wurde ein Auge ausgeschossen und das andere verletzt. Er ist fast völlig blind. Fast alle Politiker*innen und die Justiz haben sich damals auf die Seite der gewalttätigen Polizist*innen gestellt. Es wurde alles dafür getan, um eine Aufklärung und eine Verurteilung von im Amt begangenen extremen Gewalttaten zu verhindern. Was sind 23 Verletzte Polizisten (der Bruch eines Handgelenks ist die schwerste Verletzung) und ein paar zu Bruch gegangene Schaufenster und Diebstähle auf der Königstraße gegen die Polizeigewalt des „Schwarzen Donnerstag“? Wer die damalige Polizeigewalt miterlebt hat, wer auf vielen Demonstrationen und bei anderen Gelegenheiten (Fußballspiele, verdachtsunabhängige Kontrollen, racial profiling, Razzien...) das provozierende und eskalierende Vorgehen der Polizei erlebt hat, wer in der Presse die Wiedergabe von Polizeiberichten über Ereignisse gelesen hat, von denen man aus eigenem Erleben wusste, dass sie sich wesentlich anders abgespielt haben, der wird den Polizeiberichten über die Nacht vom 20. auf den 21. Juni mit Skepsis gegenüber stehen. Es sollte auch nicht in Vergessenheit geraten, dass am „Schwarzen Donnerstag“ 2010 von der Polizei nachweislich Eskalationsteams eingesetzt wurden, um die Schüler*innen zu Gewaltaktionen zu provozieren. Das war damals allerdings vergeblich. Die genehmigte Demonstration blieb völlig friedlich.

Auslöser Polizeikontrolle

Die Polizei behauptet, dass eine Drogenkontrolle bei einem 17-Jährigen am Eckensee dazu führte, dass sich Hunderte erst mit dem Kontrollierten solidarisierten und dann randalierten. Diesen Berichten wird von Anwesenden in den sozialen Medien widersprochen. Sie berichten von einem „auf Krawall gebürsteten Polizeitrupp“, einer „Polizeiattacke“, dann von „äußerst aggressiv agierenden Polizisten“ auf dem Schlossplatz, „martialisch ausgerüsteten Spezialkräften der Polizei [...], die gnadenlos vom Knüppel Gebrauch machten, Pfeffer-



spray versprühten und im Stile US-amerikanischer Cops in den Nahkampf gingen“.

Schon länger hat sich der Eckensee zu einem Treffpunkt von jungen Menschen entwickelt, als billige Möglichkeit, „abzuhängen“, auch weil andere Möglichkeiten der Begegnung wegen der Coronabeschränkungen geschlossen sind. Gerade Jugendliche, die sich in Parks, in der Innenstadt oder in Schrebergärten treffen erlebten seit Wochen Polizeikontrollen und Bußgelder bis zu 790 Euro! pro Person. Die Ausgangs- und Kontaktsperren sowie die Bußgelder waren völlig überzogen, wo sie das Privatleben der Menschen betrafen und sie waren nicht vorhanden, wo sie an die Profite gingen. Während die Polizei den ganzen Tag durch Parks patrouillierte, gab es null Kontrollen in Supermärkten. Keine Polizei und kein Gesundheitsamt hat sich darum geschert, dass Menschen in der S-Bahn, in Bussen und Straßenbahnen und auf der S21-Baustelle und in vielen Betrieben und Arbeitsplätzen keinen Abstand einhalten konnten. Während Jugendliche als vermeintliche Täter der Krawallnacht wegen Körperverletzung, Landfriedensbruch und Diebstahl in Handschellen und Fußfesseln (!) dem Haftrichter vorgeführt werden und neun Tatverdächtige, darunter ein 15-Jähriger, in Untersuchungshaft sitzen, läuft der Fleischfabrikant Tönnies weiter frei herum. Genauso die Manager der Autokonzerne, die mit ihrem Dieselbetrug einen errechneten Schaden von 78 Milliarden Euro und wegen der erhöhten Stickoxidbelastung den vorzeitigen Tod von tausenden Menschen verursacht haben. Das zeigt, dass Polizei, Justiz und Staatsapparat die Interessen der herrschenden Kapitalistenklasse vertreten.

Krawalle – „Sprache der Ungehörten“

Die Politiker*innen erwarten es als staatsbürgerliche Pflicht, über die Gewalt in der Stuttgarter Innenstadt erschüttert zu sein. In der Woche davor berichteten Medien über mehr als fünfzig Ertrunkene vor der tunesischen Küste. In diesem Fall ist nach Ansicht der Herrschenden Erschütterung nicht angebracht.

Mit der Aufblähung und völlig einseitigen Darstellung der Ereignisse in jener Samstagnacht soll die begonnene Debatte über Rassismus bei der Polizei in Deutschland erstickt, die Black-Lives-Matter-Bewegung untergraben und ein noch repressiveres Polizeigesetz gerechtfertigt werden. Und nicht zuletzt steckt dahinter, dass die CDU mit Law und Order ihren Landtagswahlkampf startet.

Das Image der Polizei soll besser werden, indem sie noch mehr den Unterdrücker und noch weniger den „Freund und Helfer“ herauskehren? Das ist nicht überzeugend. Das wird dazu führen, dass Ereignisse, wie die in Stuttgart zunehmen werden. Aber offenbar soll

diese Strategie nicht überzeugen, sondern zwingen. In Baden-Württemberg war eine erneute Verschärfung der Polizeigesetze ohnehin geplant (die erste Lesung wurde jetzt vom 25. Juni auf den 15. Juli verschoben). Dass die Krawalle in der Nacht bewusst eskaliert wurden, um für diese Verschärfung noch mal richtig Stimmung zu machen, ist nicht auszuschließen. AfD und andere Hetzer gaben von Anfang an migrantischen Jugendlichen die Schuld. Diese rassistische Darstellung wurde danach von Ordnungsbürgermeister Schairer, CDU- und Grünen-Politiker*innen übernommen. Damit soll ein Sündenbock geschaffen werden, um von den wahren Ursachen abzulenken.

Polizei und Medien betonen, dass es kein politischer Protest war. Sie scheinen das beruhigend zu finden. Wir bedauern das, denn wenn es politisch gewesen wäre, hätte es sinnvolle Formen statt Randalen annehmen können. Im Zusammenhang mit den Black Lives Matter-Protesten wurde oft das Zitat von Martin Luther King angeführt, dass Krawalle „die Sprache der Ungehörten“ seien. Und auch in Stuttgart gibt es immer mehr Ungehörte, Menschen, die von Hartz-IV leben müssen, ausgegrenzt und ohne Perspektive sind. Die begonnene tiefe Rezession wirkt hier verschärfend. Wut und Frustration über die Verhältnisse darf sich nicht in Gewalt und sinnlosen Zerstörungsaktionen entladen. Wir brauchen organisierte antikapitalistische Gegenwehr.

Für eine kämpferische Linke

Krawalle sind auch die Folge davon, dass viele Jugendliche keinen Weg sehen, die Verhältnisse zu verändern, weil Gewerkschaften und DIE LINKE den Kampf gegen die unhaltbaren kapitalistischen Verhältnisse nicht organisieren. Die Sozialistische Organisation Solidarität (Sol) kämpft in den Gewerkschaften und in DIE LINKE für einen konsequent klassenkämpferischen Kurs und für ein Programm zur Abschaffung des Kapitalismus.

Der LINKE-Fraktionsvorsitzende im Bundestag, Dietmar Bartsch, hat leider die Polizei in Schutz genommen, als die SPD-Vorsitzende Saskia Esken vorsichtig auf latenten Rassismus innerhalb der Polizeikräfte hingewiesen hatte. Nun setzte Bartsch noch eins drauf und stellte sich bei den Krawallen in Stuttgart auf die Seite der Polizei. Bei einer Veranstaltung der LINKEN Bad Cannstatt-Mühlhausen-Münster am 24. Juni gab es scharfe Kritik an den Äußerungen von Bartsch. Aufgabe von LINKEN ist es, nach Ursachen und Erklärungen zu suchen und denjenigen Gehör zu verschaffen, die in dieser Gesellschaft nicht gehört werden. Wenn DIE LINKE das nicht macht, hat sie keine Gebrauchswert und keine Glaubwürdigkeit bei ihren potenziellen Unterstützer*innen.

Wir fordern:

- ▶ Unabhängige Untersuchung der Ereignisse in der Nacht zum Sonntag. Dafür sollte eine Kommission aus Jugend- und Migrant*innenorganisationen, Streetworkern und Jugendlichen, die sich regelmäßig am Eckensee und in der Innenstadt aufhalten, gebildet werden.
- ▶ Schluss mit der Schikanierung der Bevölkerung unter dem Deckmantel der Corona-Bekämpfung.

▶ Rücknahme von Bußgeldern für Verstöße gegen Corona-Auflagen für die Freizeitgestaltung unter freiem Himmel

▶ Nein zur neuen Verschärfung des baden-württembergischen Polizeigesetzes. Rücknahme der diversen „Anti-Terror“- und Polizeiaufgaben-Gesetze. Auflösung von Polizei-Sondereinheiten. Demokratische Kontrolle der Polizei durch aus der arbeitenden Bevölkerung und Gewerkschaften gewählte Komitees.

▶ Keine Kriminalisierung von Drogenkonsument*innen, Nein zu Alkohol- und Aufenthaltsverboten und Videoüberwachung.

▶ Mehr Sozialarbeiter und Streetworker statt mehr Polizei

▶ Schluss mit Demonstrations- und Versammlungseinschränkungen

▶ Für kommerzfreie Treffpunkte und Freizeitmöglichkeiten.

▶ (Aus)Bildung und Arbeit für alle. Mindestlohn von 13 Euro

▶ Weg mit Agenda 2010 und Hartz IV. Stattdessen soziale Mindestsicherung von 750 Euro plus Warmmiete für jeden Erwachsenen und 600 Euro pro Kind

Dafür kämpft die Sol

Der Kapitalismus ist eine Klassengesellschaft. Die Interessen der arbeitenden Klasse (zu ihr gehören auch Arbeitslose) und der Kapitalistenklasse sind unvereinbar. Die Macht- und Eigentumsverhältnisse müssen durch eine sozialistische Revolution grundlegend verändert werden. Banken und Konzerne müssen in öffentliches Eigentum überführt und demokratisch verwaltet und kontrolliert werden. Statt Konkurrenz und Produktion für den Profit gibt es dann eine demokratische und nachhaltige gesamtgesellschaftliche Wirtschaftsplanung entsprechend der Bedürfnisse von Mensch und Umwelt.

Der Kapitalismus herrscht global und muss weltweit abgeschafft werden. Sol ist deshalb Mitglied im CWI – Committee for a Workers' International mit Mitgliedern auf allen Kontinenten.

solidaritaet.info

www.socialistworld.net

Kontakt in Stuttgart: stuttgart@solidaritaet.info



ViSdP: Ursel Beck, c/o Sozialistische Organisation Solidarität (Sol) Littenstr. 106/107 10179 Berlin